Landesgesetzblatt

für das Burgenland

Jahrgang 1952.

Ausgegeben und versendet am 9. April 1952.

2. Stück.

3. Gesetz vom 29. März 1951, betreffend die Einhebung einer Landesumlage für das Jahr 1951.
4. Gesetz vom 29. März 1951, betreffend Ergänzung des Bezirksstraßenfondsgesetzes vom 15. Dezember 1949, LGBl. Nr. 3/1950.
5. Beschluß des burgenländischen Landtages vom 3. Juni 1949, betreffend Kredithilfe an Inhaber von Betrieben, die geeignet sind, den Fremdenverkehr zu heben.
6. Gesetz vom 29. März 1951 über die Aenderung des Gesetzes über die Vorführung von Lichtbildern (Lichtspielgesetz), LGBl. Nr. 53 aus 1935.
7. Verordnung der burgenländischen Landesregierung vom 8. Mai 1951 über die Kommissionsgebühren bei Amtshandlungen der Behörden des Landes und der Gemeinden (Kommissionsgebührenverordnung 1951.)
8. Verordnung der burgenländischen Landesregierung vom 4. Juli 1950, betreffend die Abgabe für die Ausstellung von Fischereikarten und Fischereibewilligungen für Ausländer sowie über die Vordrucke für Fischereikarten und Fischereibewilligungen für Ausländer.
9. Verordnung der Landesregierung vom 20. 11. 1951 über die Einteilung des Landes Burgenland in Hebammensprengel.
10. Verordnung des Landeshauptmannes des Burgenlandes vom 3. Jänner 1951, betreffend die Festsetzung eines Schutzgebietes für die Heilquellen in Bad-Tatzmannsdorf.
11. Verordnung des Landeshauptmannes des Burgenlandes vom 1. September 1948, betreffend die Sonn- und Feiertagsruhe, sowie die Mittagspause in den öffentlichen Apotheken.

3. Gesetz vom 29. März 1951, betreffend die Einhebung einer Landesumlage für das Jahr 1951.

Der Landtag hat beschlossen:

§ 1.

Zur teilweisen Deckung des durch sonstige Einnahmen nicht gedeckten Bedarfes des Landes im Haushaltsjahr 1951 wird von allen Gemeinden des Landes eine Landesumlage in der Höhe von 20 vom Hundert der Ertragsanteile der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben eingehoben.

§ 2.

Die Landesregierung ist ermächtigt, hinsichtlich der Vorschreibung, Einzahlung und Abrechnung der Landesumlage die erforderlichen Bestimmungen zu erlassen.

§ 3.

Dieses Gesetz tritt mit 1. Jänner 1951 in Kraft.

Der Präsident des Landtages: _____

Grabenhofer

Der Landeshauptmann:

i. V. Wessely

4. Gesetz vom 29. März 1951, betreffend Ergänzung des Bezirksstraßenfondsgesetzes vom 15. Dezember 1949, LGBl. Nr. 3/1950.

Der Landtag hat beschlossen:

§ 1.

Dem § 1 des Bezirksstraßenfondsgesetzes vom 25. Dezember 1949, LGBl. Nr. 3/1950, wird folgender Satz angefügt: „Aus dem Bezirksstraßenfonds sind auch die Bau- und Erhaltungs-

sten der Eisenbahnzufahrtsstraßen, soweit diese nicht von der Bahnunternehmung zu tragen sind, zu bestreiten“.

§ 2.

Dieses Gesetz tritt mit 1. Jänner 1951 in Kraft.

Der Präsident des Landtages: **Grabenhofer**
Der Landeshauptmann: **i. V. Wessely**

5. Beschluß des burgenländischen Landtages vom 3. Juni 1949, betreffend Kredithilfe an Inhaber von Betrieben, die geeignet sind, den Fremdenverkehr zu heben.

Der Landtag hat beschlossen:

§ 1.

Die Landesregierung wird ermächtigt, Inhabern von Betrieben, die geeignet sind, den Fremdenverkehr zu heben, durch Uebernahme des Zinsendienstes für Darlehen zum Ausbau, zur Instandsetzung und zur Ausstattung ihrer Betriebe Kredithilfe zu gewähren.

§ 2.

Der Zinsendienst kann für Darlehen bis zu 100.000. - S bei einer Verzinsung bis zu 6 1/2 % für höchstens fünf Jahre, vom Tage der Zuzählung des Darlehens gerechnet, übernommen werden. Durch die Uebernahme des Zinsendienstes entsteht keinerlei Verpflichtung des Landes gegenüber dem Darlehensgeber.

§ 3.

Die Ansuchen um Uebernahme des Zinsendienstes sind bei der nach dem Betriebsort zuständigen Bezirkshauptmannschaft (Magistrat) einzubringen. Allfällige Kosten der aus Anlaß der Bewilligung erforderlichen Erhebungen sind von der ansuchenden Partei zu tragen.

§ 4.

Durch diesen Beschluß wird der Beschluß des Landtages vom 28. Juli 1948, betreffend die an Gast- und Fremdenbeherbergungsbetriebe zu gewährende Kredithilfe, außer Kraft gesetzt.

Der Präsident des burgenländischen Landtages:

Martin Wetschka

6. Gesetz vom 29. März 1951, über die Aenderung des Gesetzes über die Vorführung von Lichtbildern (Lichtspielgesetz), LGBl. Nr. 53 aus 1935.

Der Landtag hat beschlossen:

Das Gesetz über die Vorführung von Lichtbildern, LGBl. Nr. 53 aus 1935 (Lichtspielgesetz) wird in nachstehenden Punkten abgeändert:

Artikel I.

(1) Im § 5 Abs. 4 ist anstatt des Wortes „Gemeindetag“ das Wort „Gemeinderat“ einzusetzen.

(2) Im § 12 Abs. 1, § 14 Abs. 1 und 3 und im § 15 Abs. 1 wird das Wort „Landeshauptmannschaft“ durch die Worte „Amt der Landesregierung“ ersetzt.

Artikel II.

§ 15 Abs. 3 hat zu lauten:

(3) Der Beirat besteht aus fünf von der Landesregierung zu bestellenden Mitgliedern, von denen mindestens eines auf dem Gebiete des Volkswesens tätig ist, aus den Landesschulinspektoren für Pflicht- und Mittelschulen sowie aus einem Vertreter der Berufsorganisation der Lichtspielunternehmer. Den Vorsitz führt ein vom Landeshauptmann bestimmter rechtskundiger Beamter des Amtes der Landesregierung, dessen Stimme bei Stimmgleichheit entscheidet.

Artikel III.

Die Landesregierung wird ermächtigt, das Lichtspielgesetz unter Berücksichtigung der durch dieses Gesetz vorgenommenen Abänderungen als Lichtspielgesetz 1951 zu verlautbaren.

7. Verordnung der burgenländischen Landesregierung vom 8. Mai 1951 über die Kommissionsgebühren bei Amtshandlungen der Behörden des Landes und der Gemeinden (Kommissionsgebührenverordnung 1951.)

§ 1.

In Fällen, in denen gemäß § 77 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1950, BGBl. Nr. 172, Beteiligte für die Kosten einer außerhalb des Amtes vorgenommenen, vom Amte der Landesregierung, von einer Bezirkshauptmannschaft, von dem Magistrat einer Stadt mit eigenem Statut oder von einer anderen Gemeinde geleiteten Amtshandlung aufzukommen haben, können von diesen Beteiligten an Kommissionsgebühren folgende Bauschbeträge eingehoben werden:

1. Insoweit unter Z. 2 nicht anders bestimmt ist

- a.) für Amtshandlungen des Amtes der Landesregierung für jede angefangene halbe Stunde und für jedes teilnehmende Amtsorgan der leitenden Behörde 20 S, mindestens jedoch 40 S;
- b.) für Amtshandlungen einer Bezirkshauptmannschaft oder des Magistrates einer Stadt mit eigenem Statut für jede angefangene halbe Stunde und für jedes teilnehmende Amtsorgan der leitenden Behörde 12 S, mindestens jedoch 24 S;
- c.) für Amtshandlungen einer sonstigen Gemeindebehörde für jede angefangene halbe Stunde und für jedes teilnehmende Amtsorgan der leitenden Behörde 6 S, mindestens jedoch 12 S.
2. Für die bescheidmäßig vorgeschriebene bzw. bewilligte Ueberwachung von
- a.) Theaterveranstaltungen oder theaterähnlichen Kabarettvorstellungen, künstlerischen Konzerten und sonstigen künstlerischen Veranstaltungen für jede Vorstellung und jedes überwachende Amtsorgan 10 S;
- b.) Variete- und Kabarettvorstellungen, Zirkusvorstellungen und ähnlichen artistischen Veranstaltungen für jede Vorstellung und jedes überwachende Amtsorgan 13 S;
- c.) Tombolaveranstaltungen, Ausstellungen mit einer voraussichtlichen Gesamtbesucherzahl von mindestens 2000 Personen, Ring- und Boxkämpfen, Pferderennen, Trabfahren, Fußballwettspielen, Auto- und Motorradrennen für jede angefangene halbe Stunde und für jedes überwachende Amtsorgan 7 S;
- d.) Kinovorführungen für jede Vorstellung und für jedes überwachende Amtsorgan 5 S;
- e.) sonstigen sportlichen Veranstaltungen, Tanzunterhaltungen, Veranstaltungen in Gast- und Kaffeehäusern, sonstigen Vergnügungsveranstaltungen für jede angefangene Stunde und für jedes überwachende Amtsorgan 5 S;
- f.) Geschäftsbetrieben, Lagerplätzen, einzelnen Objekten u. dgl. für jede angefangene Stunde und für jedes überwachende Amtsorgan 6 S.

§ 2.

(1) Die Amtshandlungen der Behörden außerhalb des Amtes und die Zahl der zu diesen beizuziehenden Amtsorgane sind auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Mehrere Amtshandlungen sind in zweckmäßiger Weise zu verbinden.

(2) Der Berechnung der Kommissionsgebühren ist nur die zur Vornahme der Amtshandlung

selbst einschließlich etwaiger Begehungen und Besichtigungen notwendig aufgewendete Zeit, nicht aber der Zeitaufwand zugrunde zu legen, der mit der Zurücklegung des Hin- und Rückweges zwischen dem Amte und dem Orte der Amtshandlung verbunden ist.

(3) Amtsorgane im Sinne des § 1 Z. 2 sind auch die Organe der Bundesgendarmerie und der Sicherheitswachen der Gemeinden, die über den einzelnen Fall betreffenden behördlichen Auftrag tätig sind.

§ 3.

Für den Ersatz von Barauslagen, insbesondere der anderen Verwaltungsbehörden durch Entsendung von Amtsorganen erwachsenden Kosten und für die Entrichtung der Verwaltungsabgaben gelten die Vorschriften der §§ 76 und 78 AVG 1950 und der darauf beruhenden Verordnungen. Sie sind gleich wie die Stempel- und Rechtsgebühren des Bundes neben den Kommissionsgebühren (Bauschbeträgen) einzuheben.

§ 4.

Trifft die Verpflichtung zur Tragung der Kommissionsgebühren mehrere Beteiligte, so ist der gemäß § 1 entfallende Betrag angemessen zu verteilen. Jeder Beteiligte haftet in einem solchen Fall nur für den ihm auferlegten Teil der Gebühr.

§ 5.

Die Kommissionsgebühren sind den Beteiligten in der Regel mit dem in der Sache ergehenden Bescheid aufzuerlegen; ansonsten erfolgt die Vorschreibung mittels Bescheid im Sinne des § 57 AVG 1950.

§ 6.

Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung verliert die Landeskommissionsgebührenverordnung 1949, LGBl. Nr. 14/1949, ihre Wirksamkeit.

Für die Landesregierung:
Bögl

8. Verordnung der burgenländischen Landesregierung vom 4. Juli 1950 betreffend die Abgabe für die Ausstellung von Fischereikarten und Fischereibewilligungen für Ausländer sowie über die Vordrucke für Fischereikarten und Fischereibewilligungen für Ausländer.

Auf Grund des § 63 a Abs. 5 und 6 des Fischereigesetzes 1949, LGBl. Nr. 1/1949, wird verordnet:

I.

Fischereikarte.

§ 1.

(1) Die gemäß § 63 a des Fischereigesetzes auszustellende Fischereikarte ist jeweils bis zum 31. Dezember des Ausstellungsjahres gültig.

(2) Die vom Fischereikartenwerber für die Ausstellung der Fischereikarte zu entrichtende Abgabe beträgt S 20.—. Die Abgabe fließt dem Lande zu.

(3) Für die Ausfertigung eines Fischereikartenduplikates ist eine Abgabe von S 5. zu entrichten.

§ 2.

Der Fischereikartenwerber hat vor Ausstellung der Fischereikarte bei der zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde die gemäß § 1 zu entrichtende Fischereikartenabgabe entweder bar zu erlegen oder die Ueberweisung des entsprechenden Betrages im Wege der Postsparkasse nachzuweisen. Solange der Barerlag nicht erfolgt oder die Ueberweisung nicht nachgewiesen wird, hat die Ausstellung der Fischereikarte zu unterbleiben.

§ 3.

Zur Ausfertigung der Fischereikarte ist ausschließlich der vom Amte der Landesregierung aufgelegte im Anhang unter Muster A) angeführte Vordruck in roter Farbe zu verwenden.

II.

Fischereibewilligung für Ausländer.

§ 4.

(1) Die gemäß § 63 a Abs. 6 des Fischereigesetzes für Ausländer vorgesehene besondere Fischereibewilligung wird von der Bezirksverwaltungsbehörde ausgestellt. Die Bewilligung gilt für die Dauer eines Monats.

(2) Die für die Ausstellung der besonderen Bewilligung für Ausländer zu entrichtende Abgabe beträgt S 10.—.

Die Abgabe fließt dem Lande zu.

(3) Zur Ausfertigung der besonderen Bewilligung für Ausländer ist ausschließlich der vom Amte der burgenländischen Landesregierung im Anhang unter Muster B angeführte Vordruck in grüner Farbe zu verwenden.

(4) Hinsichtlich der Einhebung der Abgabe gelten die Bestimmungen des § 2 entsprechend.

§ 5.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Kundmachung in Kraft.

Muster A
(rote Farbe)

1. Seite

Landeswappen FISCHEREIKARTE für das Bundesland Burgenland gültig für das Kalenderjahr 195..... Stempelmarke Amtssiegel
--

2. Seite

Lichtbild des Inhabers Amtssiegel Eigenhändige Unterschrift des Inhabers
--

3. Seite

BH..... Nr..... FISCHEREIKARTENINHABER Name: Beruf: Geboren am: wohnhaft in: Staatsangehörigkeit:, am Amtssiegel (Fertigung)

4. Seite

Diese Fischereikarte ist **unübertragbar** und gibt keine Berechtigung, ein fremdes Fischwasser ohne ausdrückliche Erlaubnis des Besitzers oder Pächters zu befischen.

Die Fischereikarte ist bei Ausübung der Fischerei mitzuführen und den Fischereiaufsichern und Organen der öffentlichen Sicherheit auf Verlangen jederzeit vorzuweisen.

Muster B
(grüne Farbe)

1. Seite

Landeswappen

FISCHEREIBEWILLIGUNG
für
Ausländer

Bundesland Burgenland

Gültig für den Kalendermonat

..... des Jahres 195.....

Stempelmarke

Amtssiegel

2. Seite

Lichtbild
des
Inhabers

Amtssiegel

Eigenhändige Unterschrift
des Inhabers

.....

3. Seite

BH..... Nr.....

INHABER DER FISCHEREIBEWILLIGUNG

Name:

Beruf:

Geboren am:

wohnhaf in:

Staatsangehörigkeit:

....., am

Amtssiegel

(Fertigung)

4. Seite

Diese Fischereibewilligung ist **unübertragbar** und gibt keine Berechtigung, ein fremdes Fischwasser ohne ausdrückliche Erlaubnis des Besitzers oder Pächters zu befischen.

Die Fischereibewilligung ist bei Ausübung der Fischerei mitzuführen und den Fischereiaufsichern und Organen der öffentlichen Sicherheit auf Verlangen jederzeit vorzuweisen.

9. Verordnung der Landesregierung vom 20. 11. 1951 über die Einteilung des Landes Burgenland in Hebammensprengel.

§ 1.

Auf Grund des § 1 Abs. 3 des Landesgesetzes vom 16. 5. 1950, LGBl. Nr. 13 (Sprengelhebammengesetz) werden für das Land Burgenland folgende Hebammensprengel festgesetzt:

Verwaltungs- bezirk	Hebammensprengel	Sitz der Hebamme	Zahl d. öff. best. Hebammen	
Eisenstadt:	Donnerskirchen Schützen am Gebirge	Donnerskirchen	1	
	Eisenstadt St. Georgen am Lthgeb. Kleinhöflein	Eisenstadt	2	
	Großhöflein Müllendorf	Großhöflein	1	
	Hornstein Wimpassing a. d. Leitha	Hornstein	1	
	Loretto Leithaprodersdorf Stotzing	Loretto	1	
	Mörbisch am See	Mörbisch a. S.	1	
	Neufeld a. d. Leitha	Neufeld a. d. L.	1	
	Purbach a. S. Breitenbrunn	Purbach a. S.	1	
	Rust Oggau	Rust	1	
	Siegenderf Klingenbach	Siegenderf	1	
	St. Margarethen i. B. Oslip	St. Margarethen	1	
	Trausdorf a. d. Wulka			
	Stinkenbrunn Zillingthal	Stinkenbrunn	1	
	Wulkaprodersdorf Zagersdorf	Wulkaprodersdorf	1	
	Güssing:	Burgauberg	Burgauberg	1
		Neudauberg Eberau	Eberau	1
		Deutsch-Ehrendorf Kroatisch-Ehrendorf Kulm Oberbildein Unterbildein Winten		
		Eisenhüttl Heugraben Neusiedl b. Kukmirn Rohr i. Bgld.	Eisenhüttl	1
		Gerersdorf b. Güssing Rehgraben Steingraben	Gerersdorf b. G.	1
		Sulz i. B. Großmürbisch Inzenhof Kleinmürbisch Reinersdorf Tschanigraben	Großmürbisch	1
Güssing Glasing Neustift b. Güssing		Güssing	1	

Verwaltungs- bezirk	Hebammensprengel	Sitz der Hebamme	Zahl d. öff. best. Hebammen	
Güßing:	Heiligenbrunn Deutsch-Bieling Hagensdorf i. B. Luising	Heiligenbrunn	1	
	Güttenbach Neuberg i. B. Punitz	Güttenbach	1	
	Kukmirn Limbach i. B.	Kukmirn	1	
	Deutsch-Tschantschendorf Hasendorf i. B. Kroatisch-Tschantschendorf Tobaj Tudersdorf	D. Tschantschendorf	1	
	Moschendorf Gaas	Moschendorf	1	
	Olbendorf	Olbendorf	1	
	St. Michael i. B. Gamischdorf Rauchwart i. B. Schallendorf i. B.	St. Michael i. B.	1	
	Stegersbach Bocksdorf	Stegersbach	1	
	Stinatz Hackerberg Ollersdorf i. B. Wörtherberg	Stinatz	1	
	Strem Steinfurt Sumetendorf Urbersdorf	Strem	1	
	Jennersdorf:	Deutsch-Kaltenbrunn Rohrbrunn	D.-Kaltenbrunn	1
		Dobersdorf Königsdorf Rudersdorf	Dobersdorf	1
		Eltendorf Zahling	Eltendorf	1
		Heiligenkreuz i. L. Poppendorf i. B. Rosendorf	Heiligenkreuz i. L.	1
		Jennersdorf Grieselstein Henndorf i. B. Rax	Jennersdorf	1
		Mogersdorf Deutsch-Minihof Krobotek Wallendorf Weichselbaum	Mogersdorf	1

Verwaltungs- bezirk	Hebammensprengel	Sitz der Hebamme	Zahl d. öff. best. Hebammen
Jennersdorf:	Neuhaus a. Klb.	Neuhaus a. Klb.	1
	Bonisdorf		
	Kalch		
	Krottendorf b. Neuhaus a. Klb.		
	Mühlgraben		
	St. Martin a. d. Raab	St. Martin a. d. R.	1
	Doiber		
	Gritsch		
	Neumarkt a. d. Raab		
	Welten		
Windisch-Minihof	Windisch-Minihof	Windisch-Minihof	1
	Minihof-Liebau		
	Oberdrosen		
	Tauka		
Mattersburg:	Antau	Antau	1
	Stöttera		
	Hirm		
	Draßburg	Draßburg	1
	Baumgarten i. B.		
	Forchtenau	Forchtenau	1
	Neustift a. d. R.		
	Marz	Marz	1
	Rohrbach b. M.		
	Pöttelsdorf	Pöttelsdorf	1
	Walbersdorf		
	Zemendorf		
	Mattersburg	Mattersburg	1
	Schattendorf	Schattendorf	1
	Loipersbach i. B.		
	Sigleß	Sigleß	1
	Krensdorf		
	Pötttsching		
Sauerbrunn	Sauerbrunn	1	
Neudörfel a. d. L.			
Wiesen			
Sieggraben	Sieggraben	1	
Neusiedl a. S.:	Andau	Andau	1
	Apetlon	Apetlon	1
	Bruckneudorf	Bruckneudorf	1
	Kaisersteinbruch		
	Frauenkirchen	Frauenkirchen	1
	Gattendorf	Gattendorf	1
	Potzneusiedl		
	Gols	Gols	1
	Halbturn	Halbturn	1
	Illmitz	Illmitz	1
	Kittsee	Kittsee	1
	Edelstal		
	Mönchhof	Mönchhof	1

Verwaltungs- bezirk	Hebammensprengel	Sitz der Hebamme	Zahl d. öff. best. Hebammen
Neusiedl a. S.:	Neusiedl am See	Neusiedl a. S.	1
	Weiden am See		
	Nickelsdorf	Nickelsdorf	1
	Pama	Pama	1
	Deutsch-Jahrdorf		
	Pamhagen	Pamhagen	1
	Parndorf	Parndorf	1
	Neudorf b. Parndorf		
	Podersdorf a. S.	Podersdorf a. S.	1
	St. Andrä bei F.	St. Andrä b. F.	1
	Tadten		
	Wallern	Wallern	1
	Winden	Winden	1
	Jois		
	Zurndorf	Zurndorf	1
Oberpullendorf:	Deutschkreutz	Deutschkreutz	1
	Draßmarkt	Draßmarkt	1
	Kaisersdorf		
	Karl		
	Weingraben		
	Großwarasdorf	Großwarasdorf	1
	Kleinwarasdorf		
	Nebersdorf		
	Horitschon	Horitschon	1
	Unterpetersdorf		
	Kobersdorf	Kobersdorf	1
	Kalkgruber		
	Oberpetersdorf		
	Tschurndorf		
	Lackenbach	Lackenbach	1
	Ritzing		
	Lockenhaus	Lockenhaus	1
	Hammerteich		
	Hochstraß		
	Glashütten b. Langeck		
	Langeck		
	Lutzmannsburg	Lutzmannsburg	1
	Frankenau		
	Kroatisch-Geresdorf		
	Strebersdorf		
	Mannersdorf a. d. Rabnitz	Mannersdorf a. d. R.	1
	Liebing		
	Klostermarienberg		
	Unterloisdorf		
	Rattersdorf		
Markt St. Martin	Weppersdorf	1	
Landsee			
Lindgraben			
Neudorf b. Landsee			
Weppersdorf			
Neckenmarkt	Neckenmarkt	1	
Haschendorf			

Verwaltungs- bezirk	Hebammensprengel	Sitz der Hebamme	Zahl d. öff. best. Hebammen
Oberpullendorf:	Nikitsch	Nikitsch	1
	Kroatisch-Minihof		
	Oberpullendorf	Oberpullendorf	1
	Mitterpullendorf		
	Pilgersdorf	Pilgersdorf	1
	Bubendorf i. B.		
	Deutsch-Gerisdorf		
	Kogl i. B.		
	Lebenbrunn		
	Salmansdorf		
	Steinbach i. B.		
	Steinberg i. B.	Steinberg i. B.	1
	Dörfel		
	Oberloisdorf		
	Stoob	Stoob	1
	Neutal		
	Unterfrauenhaid	Unterfrauenhaid	1
	Raiding		
	Lackendorf		
	Unterpullendorf	Unterpullendorf	1
Großmutschen			
Kleinmutschen			
Unterrabnitz	Unterrabnitz	1	
Oberrabnitz			
Piringsdorf			
Schwendgraben			
Oberwart:	Aschau i. B.	Aschau i. B.	1
	Schmiedrait		
	Tauchen		
	Bad Tatzmannsdorf	Bad-Tatzmannsdorf	1
	Jormannsdorf		
	Mariasdorf		
	Sulzriegel		
	Unterschützen		
	Bernstein	Bernstein	1
	Rettenbach		
	Deutsch-Schützen	Deutsch-Schützen	1
	Edlitz i. B.		
	Eisenberg a. d. P.		
	Höll		
	St. Kathrein i. B.		
	Goberling	Goberling	1
	Bergwerk		
	Grodnau		
	Neustift b. Schlaining		
	Grafenschachen	Grafenschachen	1
Kroisegg			
Neustift a. d. Lafnitz			
Loipersdorf i. B.			
Großpetersdorf	Großpetersdorf	1	
Kleinpetersdorf			
Siget i. d. Wart			
Miedlingsdorf			

Verwaltungs- bezirk	Hebammensprengel	Sitz der Hebamme	Zahl d. öff. best. Hebammen
Oberwart:	Hannersdorf	Hannersdorf	1
	Burg		
	Welgersdorf		
	Woppendorf		
	Kohfidisch	Kohfidisch	1
	Badersdorf		
	Harmisch		
	Kirchfidisch		
	Kleinzicken		
	Kotezicken		
	Litzelsdorf	Litzelsdorf	1
	Kemetten		
	Markt Allhau	Markt Allhau	1
	Buchschachen		
	Kitzladen		
	Wolfau		
	Markt-Hodis	Markt-Hodis	1
	Althodis		
	Podgoria		
	Weiden b. Rechnitz		
	Zuberbach		
	Mischendorf	Mischendorf	1
	Großbachselten		
	Kleinbachselten		
	Neuhaus i. d. Wart		
	Rohrbach a. d. Teich		
	Neumarkt i. Tauchental	Neumarkt i. T.	1
	Allersdorf		
	Rumpersdorf		
	Podler		
	Spitzzicken		
	Oberkohlstätten	Oberkohlstätten	1
	Glashütten b. Schlaining		
	Unterkohlstätten		
	Oberschützen	Oberschützen	1
	Willersdorf		
	Oberwart	Oberwart	2
	Eisenzicken		
	St. Martin i. d. Wart		
	Pinkafeld	Pinkafeld	1
	Riedlingsdorf		
	Rechnitz	Rechnitz	1
Rotenturm a. d. Pinka	Rotenturm	1	
Jabing			
Oberdorf			
Unterwart			
Schachendorf	Schachendorf	1	
Schandorf			
Dürnbach i. B.			
Schreibersdorf	Schreibersdorf	1	
Schönherrn			
Weinberg i. B.			
Wiesfleck			
Hochart			

Verwaltungs- bezirk	Hebammensprengel	Sitz der Hebamme	Zahl d. öff. best. Hebammen
Oberwart:	Stadt Schlaining	Stadt-Schlaining	1
	Altschlaining Rauhriegel Allersgraben Drumling Mönchmeierhof Dreihütten Redlschlag Stuben	Stuben	1

§ 2.

Alle Hebammen, die bis zum 15. November 1951 eine Niederlassungsbewilligung erhalten haben, haben sich um einen Sprengel zu bewerben. Nur jene Hebammen, die sich nachweislich um einen Sprengel beworben haben, aber zu Spreng-

gelhebammen im Sinne des Landesgesetzes vom 16. 5. 1950, Landesgesetzblatt Nr. 13, nicht bestellt wurden, können ihren Beruf als freipraktizierende Hebammen weiter ausüben.

Für die Landesregierung:
Wagner, e. h.

10. Verordnung des Landeshauptmannes des Burgenlandes vom 3. Jänner 1951, betreffend die Festsetzung eines Schutzgebietes für die Heilquellen in Bad-Tatzmannsdorf.

Auf Grund des § 33 Abs. 1 des Wasserrechtsgesetzes (Bundesgesetz vom 19. Oktober 1934, BGBl. II Nr. 316, in der Fassung des Gesetzes vom 7. August 1945, StGBI. Nr. 113, und des Gesetzes vom 11. Juni 1947, BGBl. Nr. 144) wird verordnet:

§ 1.

Zum Schutze der Heilquellen des Kurortes Bad-Tatzmannsdorf wird ein Schutzgebiet festgesetzt.

§ 2.

Das Schutzgebiet ist umgrenzt wie folgt:
Beginnend beim Eintritt des, die Brunnen in der K.G. Sulzriegel durchziehenden kleinen Bächleins in das Gebiet der K.G. Bad-Tatzmannsdorf verläuft die Umgrenzungslinie entlang dieses Bächleins nordwärts bis zur Parz. Nr. 3 K.G. Sulzriegel und folgt der östl. Grenze dieser Parzelle bis zum Anschluß an die Parzelle Nr. 1.
Nun biegt sie nach Westen ab. Sie fällt mit dem Nordsaum der Parzellen Nr. 1 und 2 K.G. Sulzriegel zusammen, zieht über den Meierhof und verläuft entlang des Nordsaumes der Parzellen Nr. 886, 226, 247, 270 und 290, sämtliche zur K.G. Jormannsdorf gehörend, bis zur Gleisachse der Eisenbahnlinie Oberwart – Oberschützen, wobei sie die Landstraße und den Tschabbach schneidet.

Sie folgt sodann in südlicher Richtung der Gleisachse der Bahnlinie in das Gebiet der K.G. Oberschützen bis zum Ende der Parzelle Nr. 4193 K.G. Oberschützen.

Mit dem Südsaum dieser Parzelle richtet sie sich nun nach Osten und verläuft derart, daß sie die Parzellen Nr. 339, 338, 337 und 1310 der K.G. Bad-Tatzmannsdorf noch dem Schutzgebiet zuweist. Hierbei kreuzt sie zwei Gemeindewege und den Tschabbach. Nun folgt die Grenze südwärts dem Gemeindewege Nr. 1923 bis zur Abzweigung des Gemeindeweges Nr. 1922 (beide K.G. Bad-Tatzmannsdorf), sodann diesem entlang bis zu seinem Ende. Von hier beansprucht die Grenze die ganze Parzelle Nr. 1450 (Wald).

Sodann verläuft sie nördlich entlang der Flurgrenze der Gemeinde Bad-Tatzmannsdorf bis zum Rinnsale des Drumlingbaches, Parz. Nr. 1938, K.G. Bad-Tatzmannsdorf. Von dem Kreuzungspunkte mit diesem Bachlaufe folgt die Umgrenzungslinie dem Gemeindewege Parz. Nr. 1930, K.G. Bad-Tatzmannsdorf, dann dem Gemeindewege Nr. 1937 bis zu seinem Anschlusse an den Gemeindeweg Nr. 1933. Von hier schließt das Schutzgebiet nachstehende Grundparzellen der K.G. Bad-Tatzmannsdorf ein: 1728, 1727, 1725, 1724, 1722, 1721, 1660, 1658, 1657, 1656, 1655, 1654, 1653, 1649 und sodann Parz. Nr. 1841 bis zum Anschlusse an das Gebiet der K.G. Sulzriegel. (Die Parzellenangaben in der Gemeinde Bad-Tatzmannsdorf entsprechen dem alten Mappenbestande).

§ 3.

Innerhalb des gesamten Schutzgebietes ist für Grabungen, Bohrungen, Absenkung von Brun-

nen, Sprengungen und Bauführungen aller Art, Fassung von Quellen, Erschließung, Ableitung oder Benutzung von Grundwasser neben der nach anderen Vorschriften etwa erforderlichen Genehmigung auch die wasserrechtliche Bewilligung des Landeshauptmannes einzuholen.

§ 4.

Uebertretungen dieser Verordnung werden nach den Bestimmungen des Wasserrechtsgesetzes bestraft.

11. Verordnung des Landeshauptmannes des Burgenlandes vom 1. September 1948, betreffend die Sonn- und Feiertagsruhe, sowie die Mittagspause in den öffentlichen Apotheken.

Auf Grund der Bestimmungen des § 8 des Gesetzes vom 18. Dezember 1906, RGBl. Nr. 5 aus 1907 (Apothekergesetz) werden die Sonn- und Feiertagsruhe und die Mittagspause in den öffentlichen Apotheken des Burgenlandes geregelt wie folgt:

§ 1.

Die Apotheken haben im allgemeinen den Betrieb für den Kundenverkehr in der Zeit von 8 bis 12 Uhr und von 14 bis 18 Uhr offen zu halten.

In Ortsgemeinden, in welchen sich nur eine öffentliche Apotheke befindet, steht es dem Besitzer frei, seine Apotheke an Sonntagen von 13 Uhr bis Montag 7 Uhr früh geschlossen zu halten. Es ist jedoch Vorsorge zu treffen, daß während der angegebenen Zeit eine verlässliche Dienstperson in Bereitschaft stehe, um Bestellungen der Parteien sowie etwa einlangende Rezepte zu übernehmen, die Parteien über die Rückkehr des Apothekers zu verständigen und ihn herbeiholen zu lassen, wenn bei dringendem Bedarfe Medikamente ohne Verzug beschafft werden müssen. Für Apotheken verschiedener Orte, sofern dieselben in einer Entfernung von höchstens 4 km voneinander gelegen sind, besteht die Möglichkeit eines turnusweise abwechselnden Sonntagsdienstes von Samstag 18 Uhr bis Montag 7 Uhr, welcher jedoch in jedem einzelnen Falle der Genehmigung durch die zuständige Bezirkshauptmannschaft (Magistrat) bedarf. An der Türe der geschlossene Apotheke ist durch eine deutliche, bei Dunkelheit gut zu beleuchtende Aufschrift ersichtlich zu machen, welche Apotheke zur Zeit geöffnet ist. Den Sonntagen gleichzusetzen sind in diesem Zusammenhange sämtliche gesetzlichen Feiertage.

§ 3.

In der Freistadt Eisenstadt wird die Sonntagsruhe obligatorisch eingeführt und derart geregelt, daß an jedem Sonntag von 13 Uhr bis Montag 7 Uhr früh eine Apotheke den Betrieb aufrecht zu erhalten hat, während die zweite geschlossen bleibt.

Die Reihenfolge, in welcher die beiden Apotheken Sonntagsdienst versehen bzw. Sonntagsruhe halten, ist vom Magistrat der Freistadt Eisenstadt nach Anhören der beiden Apothekenleiter festzustellen, in ortsüblicher Weise zu verlautbaren und insbesondere den in Eisenstadt und dessen Umgebung wohnhaften Aerzten sowie Krankenkassen und Bahnstationsämtern bekanntzugeben. Die Bestimmung der Reihenfolge hat stets rechtzeitig im Monat Dezember für das kommende Jahr zu erfolgen.

In den Apothekenlokalen ist in auffallender Schrift die Zeit der Sonntagsruhe bekanntzugeben und an der Türe der geschlossenen Apotheke durch eine deutliche, bei Dunkelheit gut zu beleuchtende Aufschrift ersichtlich zu machen, welche Apotheke z. Zt. geöffnet ist.

§ 4.

Die pharmazeutischen und sonstigen Hilfskräfte aller öffentlichen Apotheken haben grundsätzlich von Samstag 13.00 Uhr bis Montag 07.00 Uhr früh von jedem Apothekerdienste frei zu bleiben.

Sollte ihre Heranziehung zum Sonntagsdienste aus betrieblichen Gründen unerlässlich sein, so hat die hierfür abgeleistete Arbeitszeit durch eine Freizeit in entsprechendem Zeitausmaße an Werktagen abgegolten zu werden, soweit durch die Ueberstundenarbeit die wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden überschritten wird.

§ 5.

Jeder Apotheker, dessen Apotheke im Sonntagsdienst den Betrieb aufrecht erhält, ist während dieser Zeit verhalten, Arzneien auf Rechnung öffentlicher Fonds, Sozialversicherungs- oder sonstiger Fürsorgeanstalten zu verabfolgen, wenn auch mit denselben normaler Weise kein Vertrag abgeschlossen wurde.

§ 6.

In Fällen eines gesteigerten Bedarfes (Epidemien), Zusammenströmen größerer Menschenmengen, Elementarkatastrophen etc., können die Bezirkshauptmannschaften (Magistrate) die erforderlichen Ausnahme-Verfügungen unter gleichzeitiger Meldung an den Landeshauptmann selbst treffen.

§ 7.

Uebertretungen dieser Anordnung werden, insoweit sie nicht unter die Bestimmungen des Strafgesetzes fallen, nach § 41 des Gesetzes vom 18. Dezember 1906, RGBl. Nr. 5 ex 1907 bestraft.

§ 8.

Diese Anordnung tritt mit 1. September 1948 in Kraft.

Für den Landeshauptmann:

Hans Bögl, e. h.